

In Kürze

Frankreich will Schlösser verkaufen

Die französische Regierung will zur Sanierung des Haushalts 1700 im Staatsbesitz befindliche Immobilien verkaufen. Das kündigte Haushaltsminister Francois Baroin gestern an. Unter den zum Verkauf stehenden Immobilien sind Schlösser, Kasernen und Pariser Villen. Baroin verwies darauf, dass Frankreich überproportional viel Staatsbesitz habe und sich von ungenutzten und nicht mehr zweckmäßigen Gebäuden trennen wolle. Ein Grund für den Verkauf sei auch der Abbau der Staatsschulden in Höhe von 1,49 Billionen Euro.

China: Haftstrafe für Dissidenten bestätigt

Ein chinesisches Gericht hat eine fünfjährige Haftstrafe gegen einen Dissidenten bestätigt, der nach dem verheerenden Erdbeben von Sichuan 2008 eigene Untersuchungen über Baumängel an Schulen aufgenommen hatte. Das Gericht in Sichuan bestätigte gestern einen Schuldspruch wegen Subversion, sagte die Frau des Beschuldigten. Der regierungskritische Aktivist Tan Zuoren war im Februar nach sechsmonatigem Prozess verurteilt worden.

DER BESONDERE AUGENBLICK



Rückkehr nach Downing Street

20 Jahre nach ihrem Auszug aus der Downing Street 10 ist die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher zu einem Kurzbesuch in den Amtssitz des britischen Premiers zurückgekehrt. Die 84-jährige kam in

London zu einem 45-minütigen Treffen mit dem neuen Regierungschef David Cameron (43) zusammen (unser Bild). Die geschwächt wirkende Thatcher ist seit mehreren Schlaganfällen gesundheitlich angeschlagen.

Die erzkonservative „Eiserne Lady“ war von 1979 bis 1990 Premierministerin. Vor zwei Jahren wurde bei ihr Demenz festgestellt. Zeitweise glaubte Thatcher, die über kein Kurzzeitgedächtnis mehr verfügt,

ihr 2003 verstorbener Mann Dennis würde noch leben. Die Erinnerung der Mutter an die Zeit als Premierministerin zählt aber immer noch zu den schärfsten, berichtet ihre Tochter Carol. (rie) Foto: dpa

Kopf des Tages



Kampf für Iran-Sanktionen: Hillary Clinton, US-Außenministerin. Foto: ap

Sanktionen tragen ihre Handschrift

PORTRÄT der Außenministerin Clinton

Im Atomstreit mit dem Iran beginnt ein neues Kapitel. Und US-Außenministerin Hillary Clinton (62) hat kräftig daran mitgeschrieben. Der Iran müsse sich auf die „bisher bedeutendsten Sanktionen der UN gefasst machen“, sagte Clinton stolz bei einem Kurzbesuch in Ecuador.

Gestern war es soweit: In New York verabschiedete der Weltsicherheitsrat eine Resolution mit Strafmaßnahmen. Sie richten sich auch gegen die iranischen Revolutionsgarden und beinhalten ein Reiseverbot für Mitglieder dieser paramilitärischen Organisation sowie Angestellte der von ihnen geführten Firmen. Hinzu kommen Kontensperrungen und Handelsbeschränkungen. Künftig dürfen Panzer, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe und Raketensysteme nicht mehr an den Iran verkauft werden. Schiffe mit Fracht für den Iran sollen gestoppt und auf geschmuggelte Waffen durchsucht werden können.

US-Außenministerin Hillary Clinton und der gesamte Westen werfen dem Iran vor, heimlich an der Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten. Teheran beteuert stets, mit seinem Atomprogramm nur friedliche Ziele zu verfolgen.

Die anstehenden Sanktionen sind ein großer politischer Erfolg Hillary Clintons, die seit Januar 2009 als Außenministerin der Vereinigten Staaten amtiert. Nachdem sie die Vorwahlen der Demokratischen Partei gegen Barack Obama verloren hatte, schien ihre weitere politische Zukunft ungewiss. Möglich hielten viele Beobachter, dass sich die Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Bill Clinton (1993-2001) als Kritikerin Obamas positionieren könnte. Dessen Angebot, Außenministerin zu werden, nahm die Senatorin für den Bundesstaat New York dann aber doch an.

Ständig unterwegs

Ihr Haus in Chappaqua, einem Vorort von New York City, sehen die Clintons (seit 1975 verheiratet, Tochter Chelsea ist inzwischen 30) immer seltener. Bill (63) ist für seine Aids-Stiftung unterwegs, Hillary jettet als Ministerin um die Welt. (bli)

Zitat des Tages

„Die Politik ist nicht Opfer der Staatsverschuldung, sie ist Täter.“

Der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, in seiner Eröffnungsrede zum Wirtschaftstag seines Verbandes in Berlin.

„Freiheit, sich zu entscheiden“

Interview mit dem Soziologen Sascha Liebermann über die Chancen eines bedingungslosen Grundeinkommens

Das Thema

Der Traum vom Einkommen ohne Arbeit: Diese Idee findet Anhänger bei Rechten wie Linken und hat prominente Fürsprecher - etwa den Drogereisunternehmer Götz W. Werner oder den CDU-Politiker Dieter Althaus. Wir sprachen darüber mit Sascha Liebermann, einem der Pioniere dieses Zukunftskonzepts.

VON DETLEF SIELOFF

Herr Liebermann, worum geht es bei dem „bedingungslosen Grundeinkommen“?

SASCHA LIEBERMANN: Wir treten für ein garantiertes Einkommen von der Wiege bis zur Bahre ein - für jeden Staatsbürger und Personen mit dauerhafter Aufenthaltsberechtigung, Kinder wie Erwachsene gleichermaßen. Wir können es auch als Bürgereinkommen bezeichnen, denn die Gemeinschaft der Staatsbürger ist sein tragendes Fundament.

Wie hoch sollte dieses Grundeinkommen Ihrer Meinung nach sein?

LIEBERMANN: Es soll ermöglichen, sich frei zu entscheiden, was der Einzelne mit seinem Leben anfangen möchte. Es muss also so hoch sein, dass er davon sein Auskommen hat und am gemeinschaftlichen Leben teilnehmen kann, das ist die Mindestforderung.

Worin läge der Freiheitsgewinn eines solchen bedingungslosen Grundeinkommens?

LIEBERMANN: Wer nicht des Einkommens wegen arbeiten muss, wie heute, wird sich für das entscheiden, was er gut kann. Falls er seine Neigungen und Fähigkeiten noch nicht kennt, hat er mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die Freiräume herauszufin-

den, wo diese liegen. Damit steigt die Chance, dass jeder dem nachgeht, was er für wichtig und richtig erachtet, und sei es, dass er sich die Auszeit nimmt, die er benötigt. Eine Arbeitspflicht hingegen drängt die Menschen in etwas Bestimmtes hinein.

Was ist schon „Arbeit“ - die Sorge um die eigenen Kinder, die Pflege von Verwandten, politisches Engagement, Ehrenamt, Erwerbstätigkeit? Alle sind gleichermaßen unerlässlich für unser Gemeinwesen, aber nur Erwerbstätigkeit erkennen wir an.

Was bedeutet das für die heutigen Formen der Erwerbsarbeit?

LIEBERMANN: Erwerbsarbeit ist dort produktiv, innovativ, wo jemand mit Herzblut bei der Sache ist, wo er sich mit dem identifiziert, was er macht. Das reicht bis in sogenannte einfache Tätigkeiten, die verlässlich ausgeführt werden müssen. Das Grundeinkommen erhöht die Chancen, dass jemand etwas findet, das ihm gemäß ist.

Welche Voraussetzungen sind nötig, damit das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt werden kann?

LIEBERMANN: Die, auf deren Basis wir heute schon zusammenleben, über die wir uns aber wenig im Klaren scheinen: loyale Bürger, die allerdings ihre Möglichkeiten zur Einmischung heute zu wenig nutzen; eine politische Ordnung, die die Bürger schützt und zugleich deutlich macht, dass es die Freiheit der Bürger nicht ohne das Gemeinwesen geben kann. Die Bereitschaft, in vielfältigen Formen an der Bewältigung gemeinschaftlicher Aufgaben mitzuwirken.

Ist die Einführung eines solchen Grundeinkommens in den Zeiten der Krise nicht utopisch?

LIEBERMANN: Betrachtet man die gegenwärtige Krise als Sinnkrise, dann stellt sie an uns die Frage: Wozu das alles, was ist der Zweck des Wirtschaftens, wie wollen wir zusammenleben und wie soll es weitergehen? Gerade die Krise fordert von uns eine Antwort, die nur lauten kann: Wir benötigen Entscheidungen, die dem Gemeinwesen und den Bürgern dienlich sind, und nicht solche, die fortsetzen, was zur Krise geführt hat. Eine

Zur Person

Zur Person



Dr. Sascha Liebermann (42), Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ (2003), die sich für eine öffentliche Diskussion um ein Grundeinkommen einsetzt. Der in Witten lebende Soziologe ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum.

• **Vortrag:** Am Freitag, 11. Juni, ist Sascha Liebermann in Kassel zu Gast. Sein Vortrag mit dem provokanten Titel: „Freiheit statt Vollbeschäftigung - warum ein bedingungsloses Grundeinkommen nötig ist“ beginnt um 19.30 Uhr im Anthroposophischen Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261.



Ob Studentin, Arbeiter oder Rentnerin: Alle sollen, wenn es nach den Verfechtern des bedingungslosen Grundeinkommens geht, vom Staat eine Art Bürgergeld erhalten. Die Vorstellungen über die Höhe dieses Grundeinkommens gehen allerdings weit auseinander - sie schwanken zwischen 600 und 1500 Euro monatlich. Foto: dpa/ap